

Lehrplan 21: SVP agiert mit Unwahrheiten

Willi Vollenweider, Kantons- und Grosser Gemeinderat der Schweizer Volkspartei (SVP), nimmt es mit der Wahrheit nicht so genau, wenn er behauptet, dass im Lehrplan 21 anstelle von Wissen und Können 40'000 Kompetenzen treten. Erstens sind Wissen und Können die Basis für Kompetenzen. Es ist folglich unfair, wenn man suggeriert, dass Wissen und Können im neuen Lehrplan 21 verschwinden. Zweitens enthält der Lehrplan 21 nur 363 Kompetenzen und nicht deren 4000 wie von Vollenweider unsachgemäss behauptet. Der neue Lehrplan 21 umfasst insgesamt 470 Seiten für die ganze Volksschule und ist damit bedeutend kürzer als alle die momentan geltenden Lehrpläne

ne zusammengerechnet. Zum Vergleich: der aktuell geltende Lehrplan Deutsch für die 1. bis 6. Klasse umfasst alleine schon rund 40 Seiten und 60 Grobziele, der Lehrplan Sport 1. bis 9. Klasse umfasst rund 20 Seiten und über 100 Grobziele, der Lehrplan Kindergarten umfasst rund 70 Seiten und rund 100 Grobziele, der Lehrplan bildnerisches handwerkliches Gestalten 1. bis 9. Klasse umfasst rund 60 Seiten und rund 100 Grobziele – das sind längst nicht alle aktuell geltenden Lehrpläne. Würde man diese alle zusammenzählen, käme man vermutlich weit über 1000 Seiten und bestimmt auch weit über 500 Grobziele hinaus.

Christina Huber Keiser, Zug

Mögliches Asylzentrum mitten im Dorf

Pirmin Frei, Präsident der Christlichen Volkspartei (CVP) Baar, fragt in seinem Leserbrief, woher Nationalrat Thomas Aeschi von den Abklärungen für eine Asylunterkunft auf privatem Grund wisse. Sollte dieser es nicht von der bauwilligen Privatperson erfahren haben, ist es wahrscheinlich, dass Thomas Aeschi die Information von einer Person aus dem Umfeld der Verwaltung erhalten habe. Pirmin Frei fordert Thomas Aeschi auf, die Quelle seiner Information offen zu legen und falls er dies nicht tun, werde die Einreichung einer Strafanzeige gegen unbekannt wegen Amtsgeheimnisverletzung. Woher Thomas Aeschi seine Informationen erhalten hat, ist völlig irrelevant. Relevant und skandalös ist, dass der mit drei CVP-Exponenten bestückte Gemeinderat anstatt proaktiv das Volk zu informieren, eine solche Information als «geheim» taxiert und sich hinter dem Amtsgeheimnis versteckt. Das Thema Asyl(chaos) ist nämlich etwas Unangenehmes ist und das Volk soll möglichst nichts

davon wissen. Gutmenschentum sowie heile Welt à la CVP bzw. links der SVP passen nun mal nicht zum vom Steuerzahler finanzierten Asylchaos und der damit zusammenhängenden Probleme sowie Überbeanspruchung der Sozialhilfe. Dabei brodeln die Volksseele bereits gewaltig und verlangt nach einer Lösung des Asylchaos. Pirmin Frei hat gar keine Lösungen parat, sondern sucht nach einem Datenleck. Das ist skandalös, einfach nur lächerlich und so typisch für diese Partei. Was hilft das eigentlich, Herr Frei? Rein gar nichts. Das Entscheidende ist: Ein mögliches Asylzentrum mitten im Dorf Baar will das Baarer Volk nicht! Stimmt nicht? Dann führen wir doch eine freiwillige Konsultativabstimmung durch, Herr Frei! Das wäre nur eine weitere verlorene Abstimmung einer Partei, die das offensichtliche Asylchaos sowie die daraus entstehenden Probleme bewusst ignoriert, anstatt diese ernst zu nehmen und zu lösen.

Jakob Senn, Baar

Aufklärung: Nur Gesetze nützen «nichts»

Ich kann gut damit leben, dass Lehrpersonen neu bei einer Anstellung nicht nur (wie von der Regierung vorgeschlagen) den Sonderprivat- auszug vorlegen müssen, sondern auch noch den Strafregisterauszug. Ich finde es nämlich sehr wichtig, dass wir Minderjährige schützen und verurteilte Sexualstraftäter nicht als Lehrpersonen arbeiten. Damit machen wir allerdings nur einen (kleinen) Schritt. Wir dürfen nämlich nicht die Augen davor verschliessen, dass gemäss verschiedener Studien sexuelle Übergriffe gegenüber Kindern häufig im engeren Familienkreis und bei Jugendlichen von gleichaltrigen Bekannten verübt werden. Wenn wir also wirklich Minderjährige besser vor sexuellem Missbrauch schützen möchten, dann müssen wir auch dazu bereit sein, einen Schritt weiterzugehen. Es braucht noch mehr Aufklärung – für Kinder und Jugendliche. Die gleiche Partei, welche sich dafür einsetzte, dass Lehrpersonen noch mehr Informationen offenlegen müssen (als von der Regierung vorgeschlagen), kämpfte in den vergangenen Jahren auch vehement dafür, dass der Aufklärungs-

unterricht möglichst aus dem Lehrplan fliegt. Wir dürfen nicht vergessen, dass Kinder & Jugendliche, die ihre Rechte kennen, besser geschützt sind. Dafür braucht es aber den Willen und auch die Mittel, um entsprechende Massnahmen umzusetzen. Mit einem solchen Gesetz punktet man sicherlich bei der Bevölkerung und schafft ein gutes Gefühl. Wenn man das allerdings konsequent durchziehen möchte, dann müsste man überall, wo Menschen zusammenarbeiten, einen solchen Auszug verlangen. Wie sieht es nämlich bei einem Pfarrer aus, der Ministranten betreut? Oder etwa einem Kinderarzt? Oder einem Sporttrainer, der in der Freizeit, Jugendliche trainiert? Ich möchte mit dieser Auflistung nicht andere Gruppen in Generalverdacht ziehen. Ich möchte Sie einfach dafür sensibilisieren, dass wir einerseits etwas mit solchen Gesetzen erreichen – uns andererseits bewusst sein müssen, dass wir noch viel mehr erreichen, wenn wir Kinder und Jugendliche genügend früh aufklären und sie auf ihre Rechte aufmerksam machen.

Zari Dzaferi, Baar

Wohin steuert der Kanton

SP Hat der Kanton Zug seine Hausaufgaben wirklich erledigt

Damit Zug in Zukunft die Ausgaben und die Einnahmen in Einklang bringen kann, braucht es moderate Steuererhöhungen.

Von **Hubert Schuler**

Seit längerer Zeit ist der Nationale Finanzausgleich (NFA) in aller Munde und für den Kanton Zug als Geberkanton ein wichtiger Faktor. Die bürgerlichen Parteien regen sich über die Abgaben auf, die wir in den schweizerischen Topf einzahlen müssen. Es ist ein beachtlicher Betrag und er wird noch grösser. Damit Zug in Zukunft die Ausgaben und die Einnahmen in Einklang bringen kann, braucht es moderate Steuererhöhungen. Diese Wahrheit wurde bis anhin von der Regierung abgelehnt. Aber jetzt hat auch unser Finanzdirektor eingesehen, dass der Steuerfuss keine «heilige Kuh» ist und nur so ein ausgeglichenes Budget erreicht werden kann. Denn die Beteiligung am NFA wird weiter zunehmen, nicht weil die Nehmerkantone uns schröpfen wollen, sondern weil wir überdurchschnittlich wachsen. Der Kanton Zug ist der Kanton in der ganzen Schweiz, der sein Ressourcenpo-



Bild: z.v.g.

Hubert Schuler, SP Kantonsrat und Nationalratskandidat Hünenberg.

tenzial laufend steigern konnte. So beträgt das Verhältnis der Ressourcenpotenziale zwischen Zug und Uri (schwächster Kanton) im Jahr 2015 4,24. Im Jahr 2008 war dieses Verhältnis «nur» 3,49. Die Ungleichheit hat massiv zugenommen. Der Kanton Zug hat alle abgehängt. Spannend ist auch die Antwort des Regierungsrates auf die Interpellation der SP-Fraktion, wie hoch die Steuerausfälle seit dem

Jahr 2002 waren. Die Steuerbelastung reduzierte sich (für natürliche und juristische Personen) in den Jahren 2002-2007 jährlich um zehn Millionen (Mio.) Franken. In den Jahren 2008 - 2015 wurden Steuergeschenke in der Höhe zwischen 22.6 bis 127.7 Mio. Franken pro Jahr gemacht. In der gleichen Zeit wurden die Steuereinnahmen der Gemeinden im Umfang von 80 Prozent der Kantonssteuern vermindert. Zusätzlich wurden die direkten Bundessteuern für den Kanton Zug in der Zeit von 2002 bis 2015 um insgesamt CHF 304.7 Mio. reduziert. Schon fast als «Pünktchen auf dem i» könnte die Verminderung der Gebühren bezeichnet werden. Der Staat reduzierte diese Einnahmen um 74.12 Mio. Franken. Total wurden mögliche kantonale Steuererträge in der Zeit von 2002 bis 2015 von 940.7 Mio. Franken nicht eingezogen. Und jetzt muss ein Entlastungspaket im Umfang von jährlich 111 Mio. geschnürt werden. Da stellen sich mir folgende Fragen: Wohin will nun der Kanton Zug steuern? Hat der Kanton Zug seine Hausaufgaben wirklich erledigt?

Kanton im Würgegriff des NFA

GLP Zug zahlt heute 2650 Franken pro Kopf - das sind 315 Millionen

Dieses Jahr finanzieren neun Geberkantone den Finanzausgleich. 2016 werden es nur noch sieben sein. Immer weniger Kantone zahlen in den NFA-Topf ein. Der Finanzausgleich ist ganz offensichtlich in Schieflage geraten.

Von **Daniel Stadlin**

Ab 2016 zahlen noch sieben Kantone in den Nationalen Finanzausgleich (NFA) ein. Geht diese Entwicklung so weiter, werden es bald sechs, vielleicht sogar nur noch fünf sein. Dabei ist jetzt schon sicher – der Kanton Zug wird einer davon sein. Da die Dotierung des NFA nicht auf dem effektiv Finanzierbaren basiert, sondern mittels Bundesbeschluss jeweils für vier Jahre festgelegt wird und der Gesamtbetrag durch die Geberkantone gemeinsam aufgebracht werden muss, egal ob sie dies nun können oder nicht, führt die Solidarhaftung dazu, dass unser Kanton dann vielleicht 400 Millionen Franken oder noch mehr in den Ressourcenauflösungsstopp einzahlen muss. Bereits heute zahlt der kleine Kanton Zug 315 Millionen Franken. Das sind fast 24 Prozent seiner gesamten Einnahmen



Bild: z.v.g.

Daniel Stadlin, GLP Kantonsrat und Nationalratskandidat, Zug.

oder 2650 Franken pro Kopf. Im Kanton Zürich sind es etwas mehr als drei Prozent oder 320 Franken pro Kopf. Wir zahlen also achtmal mehr als der ebenfalls wirtschaftsstarke und reiche Kanton Zürich. Die exorbitant hohen Zahlungen, die von uns Zuger aber verlangt werden, bedrohen zusehends unsere in der Bundesverfassung garantierte Finanzautonomie. Der nationale Finanzausgleich ist für den föderalen Zusammenhalt der Schweiz von zentraler Bedeutung. Deshalb ist es staatspolitisch überaus gefährlich,

wenn sich die Nehmenden nicht an seine Regeln halten und ihn zu ihren Gunsten missbrauchen. So geschehen im Ständerat letzten Frühling, als es um die vom Bundesrat beantragte moderate Kürzung der Dotierung des Ressourcenauflösungsstopp für die Finanzierungsperiode 2016 - 2019 ging. Die Nehmerkantone wehrten sich vehement dagegen und wollten davon partout nichts wissen. Dabei ging es nicht um irgendeinen abstrusen Wunsch der Geberkantone, sondern um eine in der Ausgestaltung des NFA vorgesehene Systematik. Leider hat es sich auch da wieder einmal mehr gezeigt, wie die wenigen Geber den vielen Nehmern auf Gedeih und Verderb ausgeliefert sind und ihre Anliegen systematisch ignoriert werden. Die einst souveränen Geberkantone sind mittlerweile zu rechtlosen Finanzbeschaffern der Nehmerkantone geworden. Der NFA hat sich fatalerweise zu einem unmoralischen Bereicherungssystem der Nehmenden entwickelt und muss unbedingt rasch gerechter ausgestaltet werden. Denn nichts, dem die Gerechtigkeit mangelt, kann moralisch richtig sein.

2000 Zeichen inklusive Leerzeichen - ist das so schwer?

Vor Abstimmungen und Wahlen erhalten wir jeweils eine grosse Menge an Leserbriefen, denn die Mitmenschen und Politiker wollen Ihre Meinung kundtun. Das ist so weit auch legitim. Doch in jedem Unternehmen braucht es Gesetze, damit gewisse Dinge nicht ausufern. So auch bei uns. Ein Gesetz bei uns lautet, dass Leserbriefe nicht län-

ger sein sollten als 2000 Zeichen inklusive Leerzeichen. Der Bericht oben von Hubert Schuler hat rund 2000 Zeichen inklusive Leerzeichen. Also weiss Gott genug Platz, um seine Meinung klar darzulegen. Mehr braucht es nicht, zumal lange Leserbriefe einerseits langweilig und andererseits oft gar nicht gelesen werden. In der Kürze liegt be-

kanntlich die Würze. Und, da die Zuger Woche nur einmal pro Woche erscheint, können wir mit kurzen Leserbriefen eine breite Meinungsvielfalt garantieren. Leserbriefe, die nach unseren Vorgaben und Richtlinien abgefasst werden, sind jederzeit herzlich willkommen unter: redaktion@zugerwoche.ch.

Chefredaktor Dany Kammüller